



Veronika Albrecht-Birkner

Freiheit in Grenzen

Protestantismus in der DDR



Christentum und Zeitgeschichte 2

Freiheit in Grenzen

Christentum und Zeitgeschichte (CuZ)

Band 2

Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft
für Kirchliche Zeitgeschichte
herausgegeben von Siegfried Hermle und Harry Oelke

Veronika Albrecht-Birkner

Freiheit in Grenzen

Protestantismus in der DDR



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

In memoriam Kurt Nowak (1942–2001)

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gustmann, Leipzig
Coverbild: Mahngottesdienst in der Berliner Zionskirche,
26. November 1987 © epd-bild / Harald Hauswald
Satz: Steffi Glauche, Leipzig
Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-05343-8
www.eva-leipzig.de

Inhalt

Vorwort	7
1 Zugänge	10
1.1 Erinnerungskulturen im Blick auf die DDR	10
1.2 Narrative ostdeutscher Kirchengeschichts- schreibung	15
1.3 Relevanz westdeutscher und kontextueller Perspektiven	20
2 Kirchenpolitik	26
2.1 Grundzüge und Phasen	26
2.2 Akteure und Zielgruppen	34
2.3 Erziehungsziel Atheismus	42
3 Landeskirchlicher Protestantismus im Überblick	49
3.1 Entwicklungen im Gegenüber zum SED-Staat	49
3.2 Innere Strukturen	72
4 Die Landeskirchen	82
4.1 Landeskirchengeschichte als Perspektive	82
4.2 Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs	85
4.3 Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens	90
4.4 Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen	95
4.5 Die Evangelische Landeskirche Greifswald	101

4.6 Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg	106
4.7 Die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	115
4.8 Die Evangelische Landeskirche Anhalts	125
4.9 Die Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes	130
5 Kirche als Lerngemeinschaft – Solidarische Kirche	138
5.1 Die Lernmetapher im BEK und die »Kirchwerdung des Bundes«	138
5.2 »Gesellschaftliche Diakonie« und Wächteramt. . . .	144
5.3 Lernräume der »Ermündigung« und Beteiligung	151
5.4 Basisinitiativen und Widerstandsräume	162
6 Freikirchlicher Protestantismus	175
6.1 Strukturen und Entwicklungen im Überblick.	175
6.2 Einzelne Freikirchen und Religionsgemeinschaften.	185
7 Grenzüberschreitender und ökumenischer Protestantismus	200
7.1 Deutsch-deutsche Perspektiven.	200
7.2 Schwerpunkt Ökumene	218
Schlussbemerkung.	227
Abkürzungsverzeichnis.	233
Quellen- und Literaturverzeichnis.	235
Personenregister.	277
Zur Autorin	282

Vorwort

Die Geschichte des Protestantismus in der DDR ist zu jung und zu kontrovers, als dass von ihr eine »fertige« Erzählung vorgelegt werden könnte. Die Kontroversen ergeben sich aus den unterschiedlichen ost- wie auch westdeutschen Perspektiven auf diese Geschichte, sowohl zu Zeiten der deutsch-deutschen Teilung als auch in der Gegenwart. Sie haben in vielen Fällen zu tun mit impliziten oder auch expliziten Verteidigungen eigener damaliger Positionen und Handlungsweisen oder derer von Eltern und Großeltern oder von Institutionen, mit denen man sich identifiziert. Die eigentlichen Probleme ergeben sich dabei aus der Begrenztheit der je eigenen Wahrnehmung, wenn sie mit der Verweigerung einhergeht, andere Perspektiven ebenfalls als Teil dessen anzuerkennen, was »DDR« als Wirklichkeit ausgemacht hat.

Die vorliegende Darstellung geht deshalb iterativ vor: Sie zeigt die Geschichte des Protestantismus in der DDR in verschiedenen »Durchgängen«, die es ermöglichen, diese aus unterschiedlichen Perspektiven wahrzunehmen.¹ Dies kann je einzeln geschehen – die Mehrperspektivität ergibt sich freilich erst durch das Lesen verschiedener »Durchgänge«, zu der auch die Querverweise zwischen den Kapiteln einladen. Personen werden bei ihrer jeweiligen Erstnennung im Fließtext mit Vornamen und ihrer zeitgenössischen Berufsbezeichnung einge-

¹ Vgl. diesen methodischen Zugriff bereits bei ZIEMER, Prozeß.

führt. Weibliche Wortformen werden in der Regel nicht zuzätzlich genannt, sind aber stets auch gemeint.

Im ersten Kapitel werden die in der gegenwärtigen Rezeption zu findenden unterschiedlichen Zugänge zur Geschichte des Protestantismus in der DDR selbst thematisiert. Im zweiten Kapitel geht es um Grundzüge, Phasen und Akteure der Kirchenpolitik des SED-Staates als Faktoren, die das kirchliche Leben in starkem Maße bestimmten. Entsprechend der vergleichsweise großen Relevanz des landeskirchlichen Protestantismus in der DDR sind diesem in der Hauptsache die drei folgenden Kapitel gewidmet, wobei jedes Kapitel eine andere Perspektive fokussiert. Im sechsten Kapitel wird der freikirchliche Protestantismus als eigenständig wahrzunehmende Größe vorgestellt. Das siebte Kapitel ist Schwerpunkten ostdeutscher Theologie und kirchlicher Praxis im Kontext deutsch-deutscher Kirchengemeinschaft wie auch globaler und ökumenischer Vernetzungen als stets mitzudenkenden Konstellationen gewidmet. In einer Schlussbemerkung werden unter dem Stichwort »Freiheit« als genuin protestantischer Signatur mögliche Erträge der mehrperspektivischen Sicht auf den Protestantismus in der DDR angedeutet.

Zu danken habe ich vielen Gesprächspartnerinnen und -partnern in Ost und West, die mir im Laufe der letzten Jahre neue Perspektiven auf die Geschichte des Protestantismus in der DDR eröffnet haben. Ein besonderer Dank gilt Curt Stauss (Halle/Saale) für die kritische Lektüre des Manuskripts und alle inhaltlichen Hinweise sowie Berit Biewald (Leipzig) für das sorgfältige Lektorat und Julia Muhametov sowie Hannah Strunk (Siegen) für die Hilfe bei der Erstellung von Quellen- und Literaturverzeichnis und Personenregister. Den Herausgebern danke ich für die Aufnahme der Darstellung in die Reihe

»Christentum und Zeitgeschichte« und der Evangelischen Verlagsanstalt, vor allem Frau Dr. Annette Weidhas, für die gute Kooperation bei der Herstellung des Bandes.

Veronika Albrecht-Birkner

Halle/Saale und Siegen im März 2018

1 Zugänge

1.1 Erinnerungskulturen im Blick auf die DDR

In seinem Vorwort zu Sandra Pingel-Schliemanns Studie über »Zersetzen« als »Strategie« der SED-Diktatur stellt der Hamburger Politikwissenschaftler Michael Th. Greven fest: »Zum zweiten Mal in der jüngeren deutschen Geschichte stellte sich also unabhängig von den gesonderten Problemen einer vergleichenden Diktaturforschung im 20. Jahrhundert die Frage, wie mit der Geschichte einer verbrecherischen Diktatur umzugehen sei, die in der Zeit ihrer Existenz bestürzend viel Unterstützung durch die Bevölkerung erfahren hat. Auch daß diese Unterstützung und Identifikation nach dem Fall des Regimes in beträchtlichem Ausmaß fortlebt, ist eine Gemeinsamkeit und schafft ähnliche praktische Probleme.«² Die zirka 16 Millionen in der DDR an deren Ende lebenden Menschen mit einer Altersspannweite von vier Generationen hatten diesen Staat entsprechend ihren jeweiligen Rollen darin sehr unterschiedlich wahrgenommen und entwickelten deshalb auch unterschiedliche Erinnerungskulturen. Der Berliner Historiker und Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung Martin Sabrow hat diese verschiedenen Erinnerungen klassifiziert als Arrangement-, Diktatur- und Fortschrittsgedächtnis.³

² GREVEN, Vorwort, 9. Dass es sich um eine Diktatur gehandelt habe, ist trotz verschiedener Kontroversen um den Charakter des SED-Staates auch in der zeitgeschichtlichen Forschung Konsens (vgl. FAULENBACH, Stand, v. a. 27–29).

Das hohe Ausmaß an Verstrickung in den SED-Staat und bald auch die Enttäuschung materieller Erwartungen brachten es mit sich, dass der offenbar größere Teil der ehemaligen DDR-Bevölkerung gemäß den eigenen Erfahrungen in der DDR ein Fortschritts- oder zumindest ein Arrangementgedächtnis pflegt – nach 1989/90 also einen überwiegend positiven Blick auf die DDR entwickelt hat. Entgegen anderslautenden Annahmen werden diese Erinnerungsdiskurse transgenerational weitergegeben und konstituieren weitergehend ostdeutsche Identitäten,⁴ die spätestens seit den Wahlen zum Bundestag im September 2017 auch wieder stärker in den Fokus des öffentlichen Interesses gekommen sind. Das Diktaturgedächtnis ist vergleichsweise schwächer ausgeprägt – entsprechend der Tatsache, dass Repressionen und Benachteiligungen anderer von vielen in der DDR gar nicht oder zumindest nicht als Unrecht wahrgenommen wurden.

In der um das Gebiet der DDR erweiterten Bundesrepublik wurden nach 1990 bekanntlich verschiedene Anstrengungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unternommen.⁵ Dazu gehörte u. a. die Einsetzung von zwei Enquete-Kommissionen des Bundestages, deren umfangreiche Ergebnis-Dokumentationen eine Fülle an Informationen, Meinungen und Diskussionen zu allen Bereichen der DDR-Gesellschaft geliefert haben.⁶ Die

³ Vgl. SABROW, DDR, 20.

⁴ Vgl. GOUDIN-STEINEMANN/HÄHNEL-MESNARD, Erinnerungsdiskurse.

⁵ Zu den verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung vgl. FAULENBACH, Stand, 25.

⁶ Materialien der Enquete-Kommissionen »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« und

parallel stattfindende strafrechtliche Aufarbeitung durch eine eigens hierfür eingesetzte Staatsanwaltschaft erbrachte eine Verurteilung von weniger als ein Prozent der zirka 100.000 Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war.⁷ Von den zirka 90.000 hauptamtlichen und etwa 180.000 inoffiziellen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes wurden lediglich 69 Personen verurteilt. Dessen langjähriger Chef Erich Mielke konnte nur für einen Doppelmord in der NS-Zeit gerichtlich belangt werden. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Möglichkeiten juristischer Aufarbeitung der DDR-Diktatur durch den bundesrepublikanischen Rechtsstaat sehr begrenzt sind. Dies erklärt sich daraus, dass die Repressionen vielfältiger Art und insbesondere die auf die Destruktion der Persönlichkeit zielenden Maßnahmen der sogenannten »Zersetzung« als maßgeblicher Strategie des SED-Staates seit den 1970er Jahren nach bundesrepublikanischem Recht nicht justiziabel sind. So wurden die Täter zu »Nutznießer[n] der Prinzipien, die das rechtsstaatliche Strafverfahren auszeichnen, des Rückwirkungsverbots, der Unschuldsvermutung, des Gebots der Achtung der Menschenwürde«.⁸

»Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« (12. und 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. 9 Bände in 18 Teilbänden/8 Bände in 14 Teilbänden. Baden-Baden, Frankfurt/Main 1995/1999.

⁷ Vgl., auch zum Folgenden, SCHAEFFGEN, Ahndung.

⁸ Ebd., 16. Für den Katalog der auf Destruktion der Persönlichkeit setzenden Maßnahmen von »Zersetzung« war die Richtlinie 1/76 des MfS einschlägig (GILL/SCHRÖTER, Ministerium, 346–402). Vorgesehen waren laut dieser Richtlinie u. a. die »systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Pres-

Auf diese Weise hat die juristische Aufarbeitung der Schwäche des Diktaturgedächtnisses eher noch weiteren Vorschub geleistet – schien sie doch zu bestätigen, dass es kaum Täter und entsprechend wohl auch kaum wirkliche Opfer gegeben hatte. Ohnehin tendieren postdiktatorische Gesellschaften aufgrund von Verdrängungsprozessen und simplifizierenden Tendenzen dahin, ihre Sympathien im Nachhinein eher den Tätern als den (einzelnen) Opfern zuzuwenden.⁹ Die Betroffenen und Opfer der DDR-Diktatur tatsächlich im Blick zu behalten und Schuldfragen jenseits der juristischen Aufarbeitung zu thematisieren, bleibt vor diesem Hintergrund eine wichtige Aufgabe im Rahmen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. Dies gilt umso mehr, als man derzeit davon ausgeht, dass zirka 22–24 Prozent der ehemaligen DDR-Bevölkerung mit Traumatisierungen durch den SED-Staat leben, die unaufgearbeitet transgenerational weitergegeben wurden und werden und ein erhebliches pathogenes Potential bieten. Das Schweigen hierüber ist bekanntlich ein Teil dieser Struktur.¹⁰

tiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben«, die »systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen« und »die Verwendung anonymer oder pseudoanonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierender Fotos, z. B. von stattgefundenen oder vorgetäuschten Begegnungen« (zitiert nach FÖRSTER, Hochschule, 111 f).

⁹ Vgl., auch zum Folgenden, FRANK, Weg, 385–390; u. GREVEN, Vorwort, 11. Im osteuropäischen Kontext: RENOVABIS/ZENTRALKOMITEE DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN, Verletzungen.

¹⁰ Vgl. hierzu FREYBERGER/SPITZER, Daten.

Diese Überlegungen bilden einen wichtigen Zugang auch zur Geschichte des Protestantismus in der DDR, denn die Kirchen waren zwar die einzigen öffentlichen Institutionen, die in der DDR formal unabhängig vom Staat bestanden. Gleichwohl konnten sie nicht neben der vom SED-Staat dominierten Gesellschaft existieren, sondern waren trotz relativer Freiräume unausweichlich mit ihr verwoben. Entsprechend ihren unterschiedlichen Erfahrungen – als Gemeindeglieder in verschiedenen Landes- und Freikirchen, als kirchliche Mitarbeiter, Pfarrer und Pastorinnen, als Mitglieder von Kirchenleitungen oder als Teilnehmer an Veranstaltungen im öffentlichen Raum Kirche ohne bestehende Kirchenmitgliedschaft – haben Menschen auch im Blick auf die Kirchen ganz unterschiedliche Gedächtniskulturen entwickelt. Diese Tatsache hat besondere Relevanz dadurch, dass die protestantischen Kirchen wie u. a. auch die Theologischen Fakultäten zu den öffentlichen Institutionen in Ostdeutschland gehören, die über die DDR-Zeit hinaus weiterbestehen. Zwar existierte von 1969 bis 1990 mit dem BEK ein gegenüber der EKD eigenständiger Zusammenschluss der evangelischen Landeskirchen in der DDR. Ein Tübinger Rechtsgutachten stellte 1990 jedoch klar, dass die Mitgliedschaft der DDR-Kirchen in der EKD nur geruht habe und der BEK von der EKD rechtlich nicht getrennt gewesen sei.¹¹ Auf dieser Basis erfolgte 1990 der (Wieder-)Beitritt der ostdeutschen Landeskirchen zur EKD, so dass deren Geschichte als Teil der Geschichte der EKD zu verstehen ist.¹² Damit ist auch

¹¹ Vgl. HECKEL, Vereinigung.

¹² Dasselbe betrifft auch die ostdeutsche Blockpartei CDU als Teil der Geschichte der (West-)CDU.

der Umgang mit diesen verschiedenen Erinnerungskulturen bis in die Gegenwart Aufgabe der EKD.¹³

1.2 Narrative ostdeutscher Kirchengeschichtsschreibung

Zum Protestantismus in der DDR ist seit 1990 eine kaum noch überschaubare Fülle an Publikationen erschienen, die ein äußerst komplexes und in keiner Weise in sich kohärentes Geschichtsbild ergeben.¹⁴ Diese Komplexität resultiert zunächst einmal daraus, dass die Verfasser dieser Publikationen – soweit sie selbst in der DDR gelebt haben, was einen großen Teil von ihnen betrifft – unterschiedlichen Erinnerungen im Blick auf die Kirchen in der DDR verpflichtet sind. Diese Pluralität der Perspektiven korrespondiert in der wissenschaftlichen Arbeit mit der Heranziehung unterschiedlicher Quellenbestände bzw. verschiedenen Interpretationen derselben Quellenbestände. Als literarisches Genre hiervon zu unterscheiden sind autobiografische Schriften, die mehr oder weniger unmittelbar das Anliegen einer Rechtfertigung eigener Denk- und Handlungsweisen in der DDR-Zeit und der Formung entsprechender Geschichtsnarrative erkennen lassen.¹⁵ Biografische

¹³ Vgl. STENGEL, Vergangenheit.

¹⁴ Vgl. als Literaturüberblick zuletzt LEPP, Kirchen. Als Überblicksdarstellung im Lehrbuchformat s. MAU, Protestantismus.

¹⁵ Nur beispielhaft kann hier auf einzelne autobiografische Darstellungen damaliger Bischöfe (GIENKE, Dome; KRUSCHE, Erinnerungen; LEICH, Horizonte; RATHKE, Weg; u. SCHÖNHERR, Zeit), Pfarrer (BRAUNE, Protokollstrecke; EPELMANN, Haus; DERS., Spur; FÜHRER, Revolution; GAUCK, Winter; SCHORLEMMER, Leben; DERS.,

Arbeiten über Protagonisten, die sich nicht selbst literarisch geäußert haben, verfolgen das Anliegen, derartige Versuche der Eigenprägung von Geschichtsnarrativen zu ergänzen bzw. zu korrigieren.¹⁶ Biografische Zugänge zur DDR-Protestantismus-Geschichte schließen aus generationellen Gründen meist das frühe 20. Jahrhundert, zumindest die NS-Zeit, wie auch die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung ein – Kontextualisierungen, die für Studien zur DDR in der Forschung generell angemahnt werden.¹⁷

Die sich in wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Publikationen spiegelnden Kontroversen um die ›richtige‹ Geschichtserzählung vom Protestantismus in der DDR kreisen weitgehend um die Frage, wer inwiefern und aus welchen Motivationen heraus die mutmaßlich ›richtige‹ Position zum SED-

Heimat; STEINLEIN, Jahre; u. WINTER, Weg) und Gemeindeleiter (SCHMIDT, Herr) sowie Theologieprofessoren (HAENDLER, Kirchengeschichte; MÜLLER, Erfahrungen; u. WENDELBORN, Christentum) verwiesen werden. Die sehr unterschiedlichen Auflagenzahlen dieser Publikationen sind als Spiegel der Rezeptionsintensität und somit der Herausbildung bestimmender Narrative zu lesen.

¹⁶ Z. B. KLIER, Brüsewitz; MAYER, Wonneberger; u. PAUSCH, Widerstehen (über Christoph Wonneberger); SACHSE, Menschen (über Gottfried Forck); WEISS, Kreyssig; u. WINTER, Bekenner (über Siegfried Ringhandt). Von der Intention her ähnlich einzuordnen sind Festschriften wie z. B. KIRCHE ALS KULTURFAKTOR (Festschrift Johannes Hempel); KIRCHE FÜR ANDERE (Festschrift Heinrich Rathke) u. SCHRÖTER, Stolpe, oder publizierte Interviews wie z. B. HAHN, Annehmen (Gespräch mit Johannes Hempel).

¹⁷ Vgl. FAULENBACH, Stand, 34–37; HOFFMANN/SCHWARTZ/WENTKER, Chance, 54–64; LEPP, Ausgeforscht, 96, 98; u. MÄHLERT, Totgesagte, 15–19.

Staat eingenommen hat und insofern ein gewisses historisches Recht für sich verbuchen kann. Diese Fokussierung mag auf den ersten Blick wie eine Engführung erscheinen – erklärt sich aber aus der Tatsache, dass die Frage nach dem Verhältnis zum Staat in der nominell atheistischen Diktatur und unter deren repressiver Kirchenpolitik¹⁸ die Tagesordnung tatsächlich stark dominieren musste. Die kontroversen Geschichtsdeutungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den unterschiedlichen Optionen, die sich im Protestantismus während der DDR-Zeit in dieser Hinsicht entwickelt haben. Ihre eigentliche Zuspitzung haben diese dadurch erfahren, dass erst anhand der nach dem Ende der DDR geöffneten Akten des MfS deutlich wurde, wie unterschiedlich die Optionen tatsächlich gewesen sind. Nun stellte sich heraus, dass es auch in der Kirche und in Kirchenleitungen Personen gegeben hatte, die unter Geheimhaltung gegenüber Kollegen, ihren Bischöfen und Gemeindegliedern mit dem Staatssicherheitsdienst kooperiert hatten. Hinzu kam, dass die Betroffenen dies im Nachhinein weitgehend zu einer nicht nur legitimen, sondern auch notwendigen Option politischer Ethik im Raum der Kirche erklärten – bis hin zur Selbststilisierung als Opfergruppe. Dabei wurde die Frage nach einer möglichen Schuld häufig in die Frage nach einem möglicherweise entstandenen Schaden transferiert und in der Regel rasch verneint.¹⁹

¹⁸ Vgl. hierzu Kap. 2.

¹⁹ Vgl. zur Aufarbeitung von MfS-Kooperationen in den Kirchen BEISER, Rolle, 556–558; FRANK, Weg, 371–414; NEUBERT, Rolle, 1026–1029; STAUSS, Vergebung; STENGEL, Vergangenheit; DERS., Kirchen-DDR-Geschichte, 12f; u. VOLLNHALS, Abteilung, 109f. Aus praktisch-theologischer und religionspädagogischer Sicht

Zu einer nachhaltigen Fokussierung und damit auch Einführung der historischen Aufarbeitung des Protestantismus in der DDR auf die Frage nach den MfS-Verstrickungen und deren Bewertung kam es aber erst durch die umfangreichen Publikationen relevanter Quellenbestände aus den BStU-Akten in den Jahren 1992 bis 1995 durch den Heidelberger Historiker und Theologen Gerhard Besier.²⁰ Das Problem waren dabei weniger die Quelleneditionen an sich als vielmehr deren pauschale Deutung durch den Herausgeber als Unterwanderung *der* evangelischen Kirche durch das MfS im Sinne eines Generalverdachts gegen diese. Das nach dem Ende der DDR zunächst dominierende positive Bild von der protestantischen Kirche als einem maßgeblichen Ort der Ermöglichung und Herbeiführung der Friedlichen Revolution geriet dadurch ins Wanken, und implizit verfolgen viele der seitdem erschienenen Publikationen damaliger Beteiligter Strategien der Abwehr der von Be-

LÜTZE, Schnee; u. DERS., Versöhnung. Die Einsicht, dass Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld »sich entschieden« hatten, »mit der Staatssicherheit der DDR Gespräche zu führen, ohne sich mit ihrem Bischof abzustimmen oder ihn wenigstens zu informieren«, stellte z. B. für den emeritierten Bischof der EKİBB Gottfried Forck einen sehr schmerzhaften Prozess dar, zumal »[k]einer der Betroffenen [...] das Gefühl gehabt zu haben« schien, »dass sie ihren Bischof hintergangen haben« (SACHSE, Menschen, 321–331 u. 338 [Nachwort von Beatrix Forck; Zitate]). Ulrich Schröter kommentiert mit Blick auf die Situation in der EKİBB: »Haupt- oder ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiter wußten, daß sich eine *Tätigkeit für das MfS* mit ihrer kirchlichen Bindung *nicht* verträgt.« (199; vgl. auch ebd. »Zehn Thesen« [199 f]).

²⁰ BESIER, SED-Staat; DERS., SED-Staat 1969–1990; DERS., SED-Staat 1983–1990; u. DERS./WOLF, Pfarrer.

sier erhobenen pauschalen Vorwürfe.²¹ Mit seiner in mehreren überarbeiteten Auflagen erschienenen, umfangreichen Geschichte der Opposition in der DDR hat der Erfurter Theologe und Religionssoziologe Ehrhart Neubert eine Darstellung vorgelegt, die den Protestantismus ganz im Gegensatz zu Besiers Ansatz in der (politischen) Opposition identifiziert.²² Dagegen verfolgt der in den 1980er Jahren in Leipzig promovierte Münsteraner Religionssoziologe Detlef Pollack in seinen zahlreichen Arbeiten zur Geschichte des DDR-Protestantismus eine systemtheoretische Sicht, der gemäß Theologie und Kirche gar keine eigenständigen Akteure sein konnten.²³

Es liegt auf der Hand, dass die historiografischen Probleme nicht zuletzt aus einem pauschalisierenden Kirchenbegriff resultieren, der weder der damaligen Pluralität noch den auf dieser basierenden verschiedenen DDR-Protestantismus-Gedächtnissen gerecht wird. Dabei verkennt die Annahme, dass die »Phase der Grundsatzdebatten« mit »Anklage« und »Apologie« bereits 1995 abgeschlossen gewesen und durch eine Phase wissenschaftlicher »Bearbeitung von Einzelthemen« abgelöst worden sei,²⁴ die langfristige, mit der weiterhin virulenten Aufarbeitung in den Kirchen verbundene Relevanz dieser Fragen. Ein gemeinsames Geschichtsnarrativ als wichti-

²¹ Vgl. FITSCHEN, Erinnerungen, 88–91; STENGEL, Vergangenheit, 116–125; u. DERS., Kirchen-DDR-Geschichte, 5–8.

²² NEUBERT, Geschichte.

²³ U. a. POLLACK, Kirche; DERS., Eigenständigkeit; DERS., Rolle; u. RICHTER/POLLACK, Theologie. Zur bis in die 1980er Jahre zurückgehenden Kontroverse Neubert – Pollack s. STENGEL, Kirchen-DDR-Geschichte, 9–12.

²⁴ So LEPP, Ausgeforscht, 96 u. ö.

ger Teil einer gemeinsamen Identität ist bislang nicht gefunden worden.

1.3 Relevanz westdeutscher und kontextueller Perspektiven

Es darf nicht übersehen werden, dass das für aus der DDR stammende Theologen verletzende Potential insbesondere der Veröffentlichungen von Besier nicht zuletzt darin bestand, dass sie von einem Historiker aus der Bundesrepublik vorgelegt worden waren.²⁵ Dieses Potential war deshalb von umso größerer Relevanz, als mit dem (Wieder-)Beitritt des BEK zur EKD²⁶ Strukturen und Identität derselben nicht neu diskutiert worden waren. Unter Verweis auf die Frage, »was denn an einer Kirche im Sozialismus bewahrenswert sein könne«, war diese Option von der EKD kategorisch zurückgewiesen und die ›Einpassung‹ der ostdeutschen Kirchen in

²⁵ Vgl. u. a. KRUSCHE, Erinnerungen, 388 u. 391. In Reaktion auf die im Oktober 2017 veröffentlichte Bußerklärung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (ERKLÄRUNG DES LANDESKIRCHENRATES) hat Besier selbst davon gesprochen, dass »manche« seiner »Interpretationen« der Entdeckung von MfS-Verstrickungen der Evangelischen Kirche in der DDR »schroff, verletzend, selbstgerecht und lieblos« ausgefallen seien (BESIER, Gott). STENGEL, Kirchen-DDR-Geschichte, 5, sieht bei Besier im Hintergrund stehende parteipolitische Interessen. Ebenso finden sich pauschale Verteidigungen von DDR-Kirchenleuten gegen MfS-Vorwürfe aus westdeutschen politischen oder kirchlichen Interessen heraus (vgl. z. B. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Ausgabe Jan. 1994, zitiert bei BESIER, Rolle, 555; u. WEIZSÄCKER, Zeiten, 411–414, v. a. 413 f).

²⁶ S. unter 1.1.

die EKD vorausgesetzt worden.²⁷ Damit aber hatte der formal-juristische Vorgang des Beitritts zugleich die Möglichkeit einer Suche nach einer gemeinsamen EKD-Identität unter Aufnahme von in der DDR gewachsenen protestantischen Identitäten ausgeschlossen. Der Eindruck, dass Letztere auf diese Weise faktisch übersprungen worden waren und man sich einem ›historischen Gewinner‹ hatte unterwerfen müssen, war bei ostdeutschen Kirchenleuten vor diesem Hintergrund bereits ausgeprägt. Namentlich mit den Veröffentlichungen von Besier dehnte er sich nur noch weiter aus auf den Eindruck, nun auch diese Geschichte selbst der Perspektive der ›historischen Gewinner‹ unterwerfen zu müssen.²⁸

²⁷ STENGEL, Kirchen-DDR-Geschichte, 7. Zur im Hintergrund stehenden Entwicklung des Verhältnisses von ost- und westdeutschen Kirchen bis 1990 s. Kap. 7.1; zum Terminus »Kirche im Sozialismus« Kap. 3.1, 5.1 u. 5.2.

²⁸ Der Eindruck, die historische Aufarbeitung der DDR »sei Teil einer ›Kolonisierung Ostdeutschlands‹ durch Westdeutschland, also Fremdherrschaft«, findet sich nicht nur im Blick auf die Kirchengeschichtsschreibung (vgl. GREVEN, Vorwort [wie Anm. 2], Zitat 10). Manche Tendenzen auf ostdeutscher Seite, MfS-Verstrickungen in den DDR-Kirchenleitungen als unsachgemäße Überziehung »mit einer Hermeneutik des Verdachts« zurückzuweisen (z. B. FALCKE, Gemeinsamkeit, Zitat 111), sind sicher auch in dieser Hinsicht als Versuche der Bewahrung des Eigenen zu verstehen. Deutlich spürbar ist das Ringen um den Eindruck einer unsachgemäßen Fremddeutung der eigenen Geschichte auch in dem von Werner Krusche an Wolfgang Thumser in Reaktion auf dessen Publikation (THUMSER, Kirche) verfassten Brief (KRUSCHE, Brief).

Bereits in den Diskussionen um den BEK-Beitritt zur EKD, die im Blick auf die auf östlicher Seite gesehene Gefahr einer »zerstörte[n] und aufgegebene[n]« Identität der ostdeutschen Kirchen mit »starke[r] Emotionalität« geführt wurden, spielte die Erinnerung, Verarbeitung und Bewertung der eigenen Geschichte als konstituierendes Moment eine wichtige Rolle.²⁹ In den folgenden Jahren wurden mehrfach Versuche unternommen, Aspekte dieser Identität zu formulieren und auf diese Weise in der EKD konstruktiv zur Sprache zu bringen. Dies implizierte gegen das von westlicher Seite als Vorwurfsprofil gegenüber den östlichen Kirchen etablierte Arrangement- bzw. Fortschrittsgedächtnis³⁰ ein Insistieren auf dem Diktaturgedächtnis – und zwar im Sinne der Transgenerationalität gerade nicht nur negativer, sondern auch positiver Erfahrungen.³¹ Einen Kernpunkt dieses Gedächtnisses bildet der Rekurs auf die minderberechtigte Situation als »Chance« für die Kirche, »sich aus der freien Geisteskraft des Evangeliums zu behaupten«, die als Gegensatz zu der mit dem Beitritt zur EKD wieder eingetretenen privilegierten und somit »unfreien Situation« staatlicher Bindung gesehen wird.³² An dieser Stelle kann freilich auch unter ostdeutschen Theologen nicht von einem Konsens die Rede sein. Während etwa der emeritierte Erfurter

²⁹ FALKENAU, Vorbemerkung.

³⁰ Vgl. oben »Kirche im Sozialismus«. Das Vorwurfsprofil »Fortschrittsgedächtnis« ist bei BRUNNER, Avantgarde, erneut deutlich greifbar.

³¹ Curt Stauss nach FRANK, Weg, 410. Vgl. z. B. MINDERHEIT MIT ZUKUNFT; u. FALCKE, Erbe BEK.

³² Vgl. KRÖTKE, Corpus, Zitat 29. Vgl. hierzu auch STENGEL, Vergangenheit, 143 f.

Propst Heino Falcke diesen Ansatz zu einer Kritik an der EKD als »Kirche im Liberalismus« ausgebaut hat,³³ hat z. B. der Ostberliner Theologe Richard Schröder bereits 1990 unter geradliniger Gleichsetzung der DDR-Situation mit »Unfreiheit« gemeint, dass »Tugenden, die im Gefängnis Tugenden« seien, es »nicht unbedingt in der Freiheit« seien – dass mit anderen Worten vom Protestantismus in der DDR für die EKD sinnvollerweise gar nichts relevant sein könne.³⁴

Geteilte Erinnerungskulturen im Blick auf die DDR spiegeln sich im Umgang mit deren historischer Erforschung, die ja immer auch einen »Anspruch[] auf Repräsentation«³⁵ in der Gegenwart bedeutet. Im Blick auf Konkurrenzen zwischen der Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland zeigt sich dies seit den frühen 2000er Jahren auch in Varianten von »Abgesang auf das Forschungsthema DDR«.³⁶ Hinsichtlich der Geschichte des ostdeutschen Protestantismus hat die Historikerin und Leite-

³³ FALCKE, *Erbe BEK*, 49. Falcke beschreibt dies als Gefahr eines theologisch nicht klar reflektierten Selbstverständnisses als »Kirche der Freiheit«. S. auch DERS., *Freiheit*.

³⁴ Nach FALCKE, *Erbe BEK*, 48. Wolf Krötke betont die durch die staatliche Privilegierung gebotenen »Freiheitsräume« für die Aufgaben der Kirche (KRÖTKE, *Corpus*, 30). Für Joachim Gauck steht die DDR-Situation als eine eindeutig negativ konnotierte Situation der »Unfreiheit«, wobei die politische Perspektive hier zweifellos dominiert (vgl. GAUCK, *Winter*, 331–342).

³⁵ STENGEL, *Kirchen-DDR-Geschichte*, 4.

³⁶ MÄHLERT, *Totgesagte*, 19. Ulrich Mählert meint, dass dabei gelegentlich »ein paternalistischer Unterton zu vernehmen« gewesen sei (17). Vgl. zu diesen Beobachtungen in der allgemeinen Zeitgeschichtsforschung auch FAULENBACH, *Stand*, 5, 38; u. HOFFMANN/ SCHWARTZ/ WENTKER, *Chance*, 23.

rin der Münchner Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte Claudia Lepp schon 2006 gefragt, ob es sich um ein »ausgeforshtes« Thema handle, einen »Rückzug der kirchengeschichtlichen DDR-Forschung« konstatiert und aufgrund eines »starke[n] Ungleichgewicht[s] hinsichtlich unseres Wissensstands« einen »immense[n] Nachholbedarf in der Erforschung der Kirchengeschichte der Bundesrepublik bis 1989« festgestellt.³⁷ Angesichts der weiterhin bestehenden »Gefahr«, »dass die Erinnerung an die Geschichte des Protestantismus« zwischen Ost und West »geteilt bleibt«, hat der Leipziger Kirchenhistoriker Klaus Fitschen in seiner Darstellung zum Stand der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung kürzlich betont, dass es »nicht darum gehen« könne, »die ostdeutsche gegen die westdeutsche Kirchengeschichte (und umgekehrt) auszuspielen«.³⁸ Vielmehr gehe es um die »Gewinnung einer gesamtdeutschen Perspektive«.³⁹

Eine kontextualisierende Sicht auf die Geschichte beider deutscher Staaten wird neben der Einbindung in die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert auch in der allgemeinen Geschichte als zukunftsweisend für die DDR-Forschung angesehen.⁴⁰ Stärker als in der Kirchengeschichte ist hier zugleich die generelle Zeitgebundenheit von »Forschungsinteressen und wissenschaftliche[n] Fragestellungen« betont

³⁷ LEPP, *Ausgeforscht*, 98 u. 100.

³⁸ FITSCHEN, *Erinnerungen*, 97. Hier auch das folgende Zitat.

³⁹ Diesem Ansatz sind bereits LEPP/NOWAK, *Kirche*, verpflichtet. Vgl. diesen Aspekt auch bei LEPP, *Ausgeforscht*, v. a. 99.

⁴⁰ Vgl. MÄHLERT, *Totgesagte*, 18 f; FAULENBACH, *Tendenzen*; DERS., *Stand*, 32–34; u. HOFFMANN/SCHWARTZ/WENTKER, *Chance*, 39–54.

worden, der gemäß das Verdikt von der ›Überforschung‹ eines historischen Themas auch im Blick auf die DDR *per se* nicht haltbar sei.⁴¹

⁴¹ MÄHLERT, Totgesagte, 19. Vgl. ähnlich auch FAULENBACH, Stand, 38. In welchem Maß dies auch für die Geschichte des Protestantismus in der DDR zutrifft, zeigt exemplarisch die Debatte um die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976 (vgl. zuletzt u. a. KRAMPITZ, Fall). Dabei geht es auch um ›Kanonisierungen‹ und somit Funktionalisierungen als Märtyrer für kirchliche ebenso wie für politische Geschichtsnarrative; darüber hinaus bildete der »Fall Brüsewitz« so etwas wie das »Aufarbeitungsparadigma« des ostdeutschen Protestantismus, gerade im deutsch-deutschen Diskurs, schlechthin (vgl. NOWAK, Zeugnis; SCHULTZE/KURCHAT, Märtyrer, 655–657; u. STACH, Vermächtnispolitik, v. a. 350–382, Zitat 371).

2 Kirchenpolitik

2.1 Grundzüge und Phasen⁴²

Die Kirchenpolitik des SED-Staates ist wie die Situation der DDR generell im doppelten Kontext der Einbindung in die sowjetisch dominierte kommunistische Ideologie und Regierungspraxis einerseits und in das Gegenüber zur Bundesrepublik als anderem Teil Deutschlands andererseits zu sehen. Auch kirchenpolitische Kurswechsel standen also teils im Zusammenhang mit veränderten Vorgaben aus Moskau und bzw. oder deutschlandpolitischen Erwägungen. Dieser doppelte Kontext erklärt zugleich, weshalb die Kirchen in der DDR im Gegensatz zu den Kirchen in anderen Staaten des Ostblocks selbstständige Institutionen und insofern deutlicher ein Störfaktor in der ansonsten konsequent zentralistisch durchorganisierten Gesellschaft blieben: Aus deutschlandpolitischen Rücksichten heraus ging der Staat hier weniger repressiv vor und hatte offiziell keinen Einfluss auf innerkirchliche Vorgänge. Gerade wegen dieser relativen Selbstständigkeit der Kirchen in der DDR war die Tagesordnung der Kirchenpolitik des SED-Staates aber durchgängig von dem Ziel einer tatsächlich nachhaltigen Einflussnahme auf die Kirchen mit dem Ziel ihrer Eliminierung bzw. Neutralisierung bestimmt. Das permanente Unterlaufen der nominell betonten Trennung von Staat und

⁴² Vgl. zu diesem Abschnitt v. a. GOECKEL, Thesen; GOERNER/KUBINA, Phasen; u. NOACK, Phasen.

Kirche in der DDR durch den SED-Staat mittels sich partiell wandelnder Strategien und Akteure⁴³ bildet insofern einen maßgeblichen Grundzug der Kirchenpolitik.

Je nachdem, ob man sich mehr an der allgemeinen Politik der SED oder an programmatischen Erklärungen gegenüber den Kirchen oder an Praxen und Akteuren der Kirchenpolitik des SED-Staates orientiert, kann man diese auf unterschiedliche Weise in Phasen einteilen. Meist werden die Zeit der SBZ (1945–1949) und der frühen DDR (1949–1952) als Scharnierjahre der Herausbildung des dezidiert antichristlichen Grundzugs der an der marxistisch-leninistischen Doktrin orientierten DDR-Führung als erste Phase zusammen gesehen. Verfolgten die KPD und anfangs auch die 1946 gegründete SED aufgrund sowjetischen Drucks noch einen Kurs der Integration der Christen in den Aufbau nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der SBZ, änderte sich dies bereits ab 1947 deutlich. Politisch engagierte Christen, darunter Religiöse Sozialisten, wurden nun aus verantwortlichen Positionen verdrängt. Ein konfrontativer Kurs gegenüber den Kirchen wurde eingeschlagen, der sich zunächst gegen die Kirchenleitungen als Repräsentanten der gesamtdeutschen Kirche und somit des gegnerischen Lagers im beginnenden Kalten Krieg richtete. Ab den frühen 1950er Jahren, im Kontext der von der SED 1952 ver-

⁴³ Vgl. hierzu Kap. 2.2. Strukturell hat Robert F. Goeckel diese Strategien in vier Kategorien unterteilt: »atheistische Propaganda, politische Mobilisation, administrative Maßnahmen und Kaderpolitik« (GOECKEL, Kirche, 56). Uwe Funk unterscheidet »Marginalisierungs-« von »Integrationspolitik«, wobei Letztere nur eine Ergänzung Ersterer aus taktischen Gründen gewesen sei (s. FUNK, Regionalisierung).

kündeten »sozialistischen Kulturrevolution«, richtete sich der Kampf im Sinne eines Eliminierungskonzepts gegen die kirchliche Basis in ihrer Gesamtheit. Vor allem Jugendliche, junge Erwachsene und Pfarrer gerieten in den Fokus antikirchlicher Maßnahmen,⁴⁴ kirchliche Einrichtungen wurden geschlossen und beschlagnahmt.

Nach dieser auf Liquidierung der Kirchen gerichteten Strategie bildete der im Juni 1953 auf Geheiß Moskaus vollzogene Kurswechsel in der Kirchenpolitik von der öffentlichen Bekämpfung der Kirchen zu sublimen Taktiken einen erheblichen Einschnitt. Letztere bestanden im Kern in einem doppelgleisigen Vorgehen: Während auf der offiziellen Ebene Gespräche und Vereinbarungen inszeniert wurden – so im Juni 1953 und erneut im Juli 1958 –, wurde auf inoffizieller Ebene die radikale Bekämpfung der Kirchen fortgesetzt. Hierzu gehörten wesentlich Versuche der inneren Zerstörung durch sogenannte »Differenzierung«, d. h. Maßnahmen, die Misstrauen und Entfremdung zwischen Kirchenleitungen, Pfarrern und Gemeinden säten und zu Fraktionierungen führen sollten. Dabei spielten institutionelle Veränderungen in der kirchenpolitischen Akteursszene, insbesondere die wachsende Bedeutung des MfS in derselben seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, eine erhebliche Rolle.⁴⁵

⁴⁴ Vgl. Kap. 2.3.

⁴⁵ Vgl. hierzu Kap. 2.2. Zu Maßnahmen der »Differenzierung« gehörte z. B. das Streuen von diffamierenden Gerüchten etwa über angebliche psychische Störungen, Ehe- oder Finanzprobleme oder sonst »auffälliges Verhalten«, die von politischen Konflikten weglenken sollten, was nicht selten auch funktionierte. Hierzu konnte auch das gezielte Streuen des Gerüchts gehören, ein